

BRUCH ZWISCHEN ANDRO UND CHINOPIEN

Chinopien setzt ARS-Mitgliedschaft aus



Qianlongjing/Koskow. Seit Jahren wird die Harmonie in dem Kontinent Renzia als positives Beispiel auf der geopolitischen Bühne genutzt. Die ARS, der Chinopien, Tengoku, Andro sowie Pahlawan angehören, spielt bzw. spielte hierbei eine große Rolle. Die Harmonie in Renzia scheint jetzt aber in Gefahr zu sein: Die neue chinopische Regierung des Reichskanzlers Jian Gang Hu hat sich mit einer Pressemitteilung am 18. Juli klar gegen den Pol-Kurs Andros gestellt und die ARS-Mitgliedschaft Chinopiens ausgesetzt. Chinopien werde seinen Kontakt zu Andro so lange abgebrochen halten, werde seine ARS-Mitgliedschaft so lange ruhen lassen, werde zur ARS so lange keinen Gesandten schicken lassen, bis Andro »ihre destruktive Haltung [aufgibt] und offen und ehrlich eine einvernehmliche Lösung mit dem Hochkommissariat für die Polregionen [anstrebt ...]. Aufgefordert wurde die Föderale Republik, »dafür in Verhandlungen mit der selbigen zu treten und alles zu unterlassen, was die Lage weiter eskalieren lassen könnte [oder] was dazu beitragen könnte, einseitig[e] Fakten zu schaffen.« Andro müsse außerdem glaubhaft beweisen, dass es

kein Interesse mehr daran habe, Teile des Pols für sich zu gewinnen. Den Pol betreffende Beschlüsse der Duma müssten rückgängig gemacht werden. Die Reaktion aus Andro ließ lange auf sich warten, war aber bereits zu diesem Zeitpunkt ein klares Zeichen dafür, dass die Harmonie in Renzia für eine lange Zeit gestört wurde. Der Botschafter der Föderativen Re-publik im Kaiserreich Chinopien Michail Kalinin antwortete auf die Pressemitteilung der neuen chinopischen Regierung: »Mir scheint, das die Reichs-regierung sehr stark von der Polkommission vereinnahmt wurde. [...] Die Aufkündigung der Zusammenarbeit in der ARS trifft nicht nur Chinopien und Andro, sondern auch Pahlawan und ganz Renzia.« Einige der in der Mitteilung angegebenen Direktmaßnahmen Chinopiens würden außerdem entgegen des Freundschaftsvertrages zwischen den beiden Staaten laufen. Auf die Ausführungen Kalinins antwortete der chinopische Kanzler direkt: »Eine solche Politik, wie sie Andro betreibt, wird von meiner Regierung weder unterstützt noch belohnt. Erst recht wird meine Regierung es zulassen, sich von der androischen Regierung für ihre

verfehlte Polpolitik vereinnahmen zu lassen. Wir wollen eine erfolgreiche ARS, aber wir wollen eine ARS, die getragen wird von ehrenhaft handelnden Staaten, die aktiv mithelfen, eine harmonische und friedliche Ordnung auf der Welt zu etablieren, statt sie durch – aus welchen Motiven heraus auch immer – eine Politik der Konfrontation und der Fehlinformationen ins Chaos zu stürzen.«, so Jian Gang Hu. Neben den Reaktionen aus Andro gibt es auch welche aus dem Inhalt: In der Hauptstadt Qianlongjing demonstrierten mehrere Tausend gelb gekleidete Chinopen gegen den neuen Kurs ihrer Regierung. Der Reichskanzler antwortete diesem offenen Protest mit einer Ansprache im Rundfunk: »Ich habe die Situation sorgfältig geprüft, ich habe mich mit der Situation intensiv befasst, ich habe mich persönlich um eine Kompromisslösung ehrlich bemüht. Ich trete heute vor Ihnen mit der Bitte, mir in dieser Sache zu vertrauen. [...] Wir wollen nicht länger eine Politik unterstützen, die nach Außen zwar Kompromissbereitschaft signalisiert, in Wahrheit aber nur ihre Position auf Kosten der harmonischen Ordnung durchsetzen will.« Die Polkommission habe Zugeständnisse gemacht, Andro würde sich aber weiterhin weigern, einen neuen Kurs einzuschlagen. Zwischen den Zeilen betonte Kanzler Jian Gang Hu auch die Souveränität Chinopiens und deutete damit an, dass sein Land nicht von der ARS abhängig sei. Am 27. Juli spitzte sich die Lage in Renzia zu: Nachdem der Botschafter Michail Kalinin auf unbestimmte Zeit aus Chinopien abgezogen wurde, gab die Vaterlandspartei Andros mit einer Pressemitteilung bekannt, wie man auf die harten und vor allem überraschenden Forderungen aus Qianlongjing reagieren wolle: »Angesichts des Verrats durch

Inhalt

„Dreibürgen ist schwul“

Mit diesem Slogan ringen die Homosexuellen im Kaiserreich um Aufmerksamkeit. Die Gesellschaft ist gespalten. Die meisten Plakate, die diesen oben genannten Slogan tragen, sind mittlerweile übermalt. **S.2**

Störfall im AKW Gussew

Internationale Vereine kritisieren die Intransparenz in Andro. Sie behaupten, dass das Kraftwerk eine tickende Zeitbombe sei. **S.2**

Neue Verfassung für die SDR vorgestellt

Im Parlament der Schwyz stellte die Einheitspartei den neuen Verfassungsentwurf vor. Ein Text der Widersprüche: In der SDR soll es jetzt Meinungs- und Religionsfreiheit geben (!). **S.3**

Keine Ruhe in Severanien

Seit fast acht Monaten sind die Wahlen zum Präsidenten des Landes überfällig. Proteste werden von der Armee im Keim erstickt. Der »amtierende« Präsident meldet sich nicht, es droht das totale Chaos. **S.3**

Fünzigste Ausgabe der Vrijheid wird Jubiläum

Seit vier Jahren erscheint De Vrijheid. Zur Feier unserer 50. Ausgabe, die Sie bald in Ihren Händen halten werden, stellen wir Ihnen den Aufstieg unserer Zeitung mit interessanten Details und Fotos vor. **S.4**

Chinopien [...] hat die [Vaterlandspartei] die Zeichen der Zeit erkannt und eine Gesetzesinitiative in die Duma eingebracht. Sollten die Volksvertreter nicht im Sinne der Sicherheit für die Bürger des Landes votieren, so wird die Initiative dem Wahlamt übergeben, um entsprechend des Gesetzes eine Volksabstimmung über die Anschaffung von Atomwaffen für die Streitkräfte Andros zu beschließen.« Das tatsächlich vorgeschlagene Gesetz wird in der Duma voraussichtlich abgelehnt werden.

Leitartikel



KUBILAY KLEINFUCHS

Chinopien stellt sich auf die Seite der Kommission

Die Untastbarkeit Andros scheint jetzt auch in Renzia vorbei. Chinopiens Kritik ist ernst.

Die Freundschaft zwischen Andro und Chinopien ist jetzt entgültig beendet. Das liegt nicht daran, dass Andro seine Kompromisslosigkeit auf dem internationalen Parkett glänzen lässt. Andro und Chinopien haben nie gewusst, dass man sich als Freunde auch mal die Wahrheit sagen kann. Die Politik in Renzia basierte immer auf den lieben Äuglein und den süßen Blicken zwischen den Androsen und den Chinopen. Jetzt, wo eine Wahrheit endlich mal gesagt werden muss, scheint Chinopien den harten Weg gegangen zu sein: Freundschaft abbrechen, Wahrheit sagen.

Es ist schade. Es ist schade, weil es so weit nicht hätte kommen müssen. Die Forderungen Andros sind vom Anfang an unnötig wie die Beulenpest. Dass es dann später hieß, Andro habe gar keine Ansprüche mehr, es ginge nur um die Sicherheit des Landes, das haben wir tatsächlich der Polkommission zu verdanken – mehr aber auch nicht. Einige Mitglieder der Polkommission benehmen sich mindestens genauso abartig selbstgefällig wie die Androsen, und als Freund der Polkommission – und als jemand, der als Hofkanzler den Freistaat in die Polkommission gebracht hat – kann ich das sagen. Wir brauchen vor allem in der Diplomatie eine Politik der Vernunft, eine Politik, die Mensch und Tier nutzt. Von dieser Politik sind wir sehr weit entfernt.



E-Mail an: kubilay.kleinfuchs@vrijheid.fu
weitere Infos: www.vrijheid.fu/kleinfuchs

Koskow/Klapsmühlthal. Ein Blick über einen hohen Zaun – mehr ist uns nicht möglich. Bereits am vergangenen Freitag soll es im androischen Atomkraftwerk Gussew zu einem Störfall gekommen sein. Die Pressemitteilung dazu machte das Innenministerium Andros erst am darauf-folgenden Sonntag (3.August): »Das reguläre Kühl-system wies eine Überlastung auf, weshalb das Notfallkühl-system einspringen musste. Eine Gefährdung für Mensch und Umwelt lag zu keiner Zeit vor.« Die in der androischen oder internationalen Presse nicht weiter verfolgte Neuigkeit aus Gussew wurde zum populärsten Gesprächsthema in fuchsischen Internetforen. Die Klapsmühlthaler Umwelt-organisation »UWLT14« und ihre Sympathisanten trafen sich am vergangenen Dienstag zu einer kleinen Kundgebung in der fuchsischen Innenstadt und riefen die Welt zu mehr Aufmerksamkeit auf: »Zurzeit weiß niemand genau, wie viele Atommeiler es weltweit wirklich gibt. Es gibt kein Kartenmaterial, keine Sicherheitsvorkehrungen. Jederzeit kann Ihnen im Urlaub ein Atomkraftwerk im Weg stehen, wenn Sie mit Ihren Liebsten durch den Wald Ihres Badeortes radeln«, so Sabine Tanne-Sacher, Vorsitzende der Umweltgruppe. Sie kritisierte außerdem die unzureichenden Informationen aus Andro. Der Störfall in Gussew müsse detaillierter dargestellt werden. Ihren Informationen aus Andro besagten, dass die dortigen Kraftwerke ungepflegt, alt, unzureichend und – so schlussfolgert sie – lebensgefährlich seien. »Allein die Tatsache, dass die Weltöffentlichkeit erst Tage später von dem Unfall in Gussew erfuhr, ist ein Indiz dafür, dass die Informationspolitik in unzureichend ist.« Sie schlug abschließend die Gründung einer neuen Organisation vor, die die Reaktorsicherheit in allen Ländern überparteilich kontrollieren soll.

„Dreibürgen ist schwul“

Wie Homosexuelle im Kaiserreich an Selbstbewusstsein gewinnen.

Reichstal. In einem Land wie das Kaiserreich Dreibürgen scheint ihre Aufgabe noch schwieriger zu sein: die Rechte von Homosexuellen zu verteidigen. In den letzten Wochen rückten sie dort aber dennoch in den Mittelpunkt, wurden zum Gesprächsthema Nummer Eins. Am vergangenen Samstag versammelten sich in der Hauptstadt rund 2000 Menschen, die für die Rechte von Schwulen und Lesben demonstrierten. Der Reichskanzler a.D. (!) Friedrich Alexander Kühners, der die Demo organisiert hatte, konnte dabei auf die Unterstützung seitens der Grünen Partei Dreibürgens (GPD) zählen, auch Finja von Hohenburg gehörte zu den Teilnehmern. Kühners, der die Fragen eines Fernsehsenders beantwortet hat: »Ich bin der Meinung, dass in Dreibürgen gleichgeschlechtlich liebende Menschen heiraten dürfen sollten und ebenso alle Rechte genießen sollten wie Heterosexuelle. [...] Es müssen gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, deren Grundlage nicht nur die politische, sondern auch gesellschaftliche Akzeptanz bildet. Nur so haben wir eine Basis, die es allen Menschen ermöglicht, die gleichen Rechte zu haben.« Tatsächlich werden Schwule und Lesben gesetzlich nicht sonderlich diskriminiert. Ihre Situation ist de jure kaum schlechter als in anderen Staaten Anticas. Gesellschaftlich aber werden Homosexuelle permanent ausgegrenzt und benachteiligt. Studien besagen, dass es in Staaten wie Dreibürgen, wo der gesellschaftliche Druck auf Homosexuelle groß ist, mehr Menschen gibt, die ihre sexuelle Neigungen verschweigen. Darauf will der Altkanzler aufmerksam machen: Kühners gründete vor kurzem auch den ersten Lesben- und Schwulenverband Dreibürgens, der immer effektiver für mehr Toleranz und Gleichheit wirbt. Die meisten der Plakate, auf denen der würzige Slogan »Dreibürgen ist schwul« steht, sind schon beschmiert oder sogar professionell übermalt. Nur in Reichstal sollte die Akzeptanz in einigen Bezirken gesiegt haben.

mehr Informationen zum Thema: www.vrijheid.fu/dreibuergen

Wir erwarten Ihre Leserbriefe: wolfgang.saelhuber@vrijheid.fu

STÖRFALL IM ANDROISCHEN ATOMKRAFTWERK GUSSEW



Großes Misstrauen gegen US-Präsident Varga

Astor beendet jegliche juristische Zusammenarbeit mit Andro

Astoria City. Die US-Regierung unter US-Präsident Markusz Varga hat vor zwei Wochen eine neue Sanktion gegen Andro verkündet: Laut einer in Kraft getretenen Verordnung wird jegliche juristische Kooperation mit Andro aufs Eis gelegt: Die USA erkennen die androische Justiz

also faktisch nicht mehr an. Es werden keine »Auslieferungen von Personen oder Gütern an die Justiz- und Sicherheitsbehörden der Föderalen Republik Andro« mehr stattfinden. Der für Misstrauen in den USA sorgende Satz der Verordnung ist der folgende: »Sämtliche Gerichts-

urteile die durch Instanzen in der Föderalen Republik Andro gefällt wurden und werden sind für die Vereinigten Staaten, ihre Institutionen, Unternehmen und Bürger gegenstandslos.« Der US-Präsident – ein Unternehmer – selbst ist der einzige Astorianer, der in Andro ein

aktives Verfahren vor Gericht hat. »Ist es ein Zufall, dass das derzeit einzige in Andro nach unserem Wissen laufende Verfahren mit astorischer Beteiligung eines gegen ihre Firma ist?«, fragt eine Fernsehreporterin den Präsidenten. Markusz Varga antwortet trocken: »Ja.«

Neue Verfassung für die SDR

Ein ausführlicher Text mit Widersprüchen zur Realität.

Martinthal/Klapsmühl -al. Die Partei- und Staatsführung der SDR propagiert im Rundfunk des Landes seit Wochen eine neue Verfassung, die von den oberen Gremien der Sozialistischen Einheitspartei erstellt worden sein soll. Über den Anfang Juli kundgegebene und von SDR-Führer Erich Bonecker mit dem Satz »Die Sozialistische Einheitspartei behauptet sich nicht umsonst als großen Vertreter und Verteidiger des Volkes der Schwyz-erischen Demokratischen Republik« kommentierte Entwurf wird zurzeit in der Volkskammer, dem Parlament, beraten. Während die alte Verfassung des Landes gerade einmal zwölf Artikel besaß, soll die neue aus sechs Kapiteln und 76 Artikeln bestehen. Als Fortschritt für die Demokratie gelobt,

meinen Parteifunktionäre, die neue Verfassung würde neue Freiheiten für alle Bürger des Landes mitbringen. Ein Widerspruch, weil bereits am Anfang des ersten Kapitels ersichtlich wird, dass Wahlen keinen Einfluss darauf haben, von welcher Partei die Schwyz wirklich regiert wird: »[Die SDR ist die] politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.« Die Bevorzugung von Bürgern nach Parteibuch wird laut dieser Verfassung in der SDR nicht mehr stattfinden. Eine längst allgemein anerkannte Wahrheit des Landes ist nämlich, dass – und das obwohl es genug Studienplätze gibt – Tausenden Jugendlichen ein Studienplatz abgelehnt wird, weil sie dem Sozia-

lismus nicht treu sind: »Jeder Bürger der Schweizerischen Demokratischen Republik hat unabhängig von seiner Nationalität, seiner Ethnie, seinem weltanschaulichen oder religiösen Bekenntnis, seiner sozialen Herkunft und Stellung die gleichen Rechte und Pflichten.« Dass in der SDR jeder ungeachtet seiner politischen Meinung gleich behandelt wird, ist realitätsfern. »Gewissens- und Glaubensfreiheit sind gewährleistet. Alle Bürger sind vor dem Gesetz gleich.« Positiv aber sind tatsächlich die Rechte der Bürger: Wer sich dem System des diktatorischen Sozialismus nicht widersetzt, kann auf großzügige soziale Leistungen seines Staates zählen. Die SDR gehört zu den wenigen Staaten, in denen Bildung, Gesund-

heit und Kultur ausnahmslos kostenlos sind. Zu den wohl wichtigsten Aspekten der großen Reform in der SDR ist die Gründung eines Minister-rats, der die Aufgaben der Legislative übernehmen soll. Der Staatsrat trägt damit dann eher eine symbolische Bedeutung. Floskeln wie »[Die sozialistische Nationalkultur] bekämpft die imperialistische Unkultur, die der psychologischen Kriegsführung und der Herabwürdigung des Menschen dient« bleiben auch in der Verfassung der SDR nicht unbenutzt. Nach den Beratungen in der Volkskammer wird abgestimmt. Dass der Entwurf der Einheitspartei angenommen wird, steht außer Frage. Es bleibt zu hoffen, dass sich die schwyzerische "Demokratie" ihrer neuen Verfassung anpasst.



Vinasy. Seit Februar schon befindet sich Severanien faktisch im Ausnahmezustand. Das Land ist politisch geteilter denn je. Der amtierende Präsident Vukan war am Ende des vergangenen Jahres mit einer sehr knappen Mehrheit gewählt worden, seitdem finden im Land, dessen Verfassung trotz des sozialistischen Systems eine durchaus demokratische ist, keine Wahlen zum Präsidenten mehr statt. Einen Kandidaten gibt es dennoch.

Keine Ruhe in Severanien

Wahlen zum Präsidenten sind immer noch überfällig

(Fortsetzung) Der Kandidat der sozialistischen Jedinstvo, Bojan Basovic, der seine Kandidatschaft und seine Wahlkampagne schon Anfang Juli kundgab, warf dem Präsidenten Vukan vor, die Wahl zum Präsidenten absichtlich nicht durchführen zu lassen: »Die aktuellen - zumindest rechtlichen - Machtinhaber, die Marionetten des inaktiven Taugenichts und Nichtsnutzes Vukan sind größtenteils Faschisten, Oligarchen und Extremisten. Sie konnten sich mit den Ideen des Sozialismus, des Friedens, des Antifaschismus und der sozialen Gerechtigkeit noch nie anfreunden und haben dies mit ihren schockierenden und im Übrigen auch verfassungsfeindlichen Aussagen mehrmals bestätigt.« In weiten Teilen des Landes fanden seitdem große Demonstrationen statt: In der Teilrepublik Vesteran fuhren Panzer durch die Straßen, um kommunistische Demonstranten einzuschüchtern. In mehreren Ortschaften scheinen die Sicherheitskräfte die Kontrolle verloren zu haben. Allerdings sind nicht alle in Severanien der Ansicht, dass man wählen müsse. Der vesteranische Zar Dusan III., der in Celano im Medianischen Imperium im Exil lebt, hat mehrmals Briefe in seine Heimat geschickt und sich zu den Vorkommnissen in Severanien geäußert und damit signalisiert, dass er seine alte Macht zurückgewinnen möchte. Im September schrieb der Monarch: »In den schweren Stunden sind Unsere Gedanken beim vesteranischen Volke, dass in seiner schicksalhaften Geschichte häufig durch Leid geprüft wurde, jedoch immer wieder zu stolzer Größe zurückkehrte. In diesen Stunden beten Wir und die gesamte Kaiserliche Familie für ein Ende der Gewalt und die Auferstehung eines neuen Vesterans.« Der Stillstand in Severanien geht weiter, es gibt keinen Wahlleiter, der Präsident meldet sich nicht. Beobachter fürchten, dass es zu weiteren, viel ernsteren ethnischen und sozialen Unruhen kommen könnte.

Carranter



LOREN CARRANTER

Fuchsen – das Land der politischen Langeweile

Als Moderatorin des letzten "Hofkanzlerduells" auf Kanal3 nehme ich mir die Freiheit bereits jetzt über ent Drakestrin-Rumata als Hofkanzler zu urteilen.

Der Freistaat hat bereits seit dem Anfang dieses Jahres das Problem, dass 1. sich viele große politische Figuren das Landes nicht mehr zu Wort melden oder die Politik gar vollständig meiden, 2. keine Probleme des Landes ernsthaft enthüllt, angesprochen, besprochen und dann gelöst werden und 3. das allgemeine Interesse an der Politik so abgenommen hat, dass die Traditionssendung "Das Hofkanzlerduell" auf Kanal3 die miesesten Einschaltquoten seiner Geschichte einfuhr. Wer hatte da noch mal "duelliert"? Seyfried Sauerland und Veuxin ent Drakestrin-Rumata. Welche inhaltlichen Unterschiede gibt es? Pardon, gab es. Gar keine. Die Menschen hatten die Wahl zwischen zwei Gesichtern. zu sagen hatten beide nichts.

Ent Drakestrin-Rumata wurde am 28.Juni 2014 vereidigt. Wir schreiben den siebenten August.

Seine Regierung hat genauso wenige Mitglieder wie die Vorgängerregierung von Kleinfuchs: drei. Da fragt man sich, ob es nicht an der Zeit wäre, die Exekutive in Fuchsen gleich abzuschaffen. Der Hofkanzler glänzte bisher jedenfalls wie immer durch Wortbeiträge im Parlament, die selbst Juristen fünfmal lesen müssen, um sie im Ansatz zu verstehen.

Aber was kann man eigentlich auch erwarten, wenn der Hofkanzler gleich zu Anfang sagt, dass es nur drei Ziele für diese Periode gibt: neue Karten für Fuchsen, Hochgeschwindigkeitszüge und eine internationale (?) Devisenbank.

Eingehalten ist bisher keines der 'vielen' Ziele.



E-Mail an: loren.carranter@carranter.com
weitere Infos: www.carranter.com

Leserbriefe

meinung@vrijheid.fu

Ihre Meinung ist uns wichtig. Sie können Ihre Leserbriefe jederzeit an uns senden. Nennen Sie im Betreff bitte stets den Titel des Artikels, auf den Sie sich beziehen.

Alle Briefe werden – falls Sie nicht anders wünschen und dies angeben – anonym veröffentlicht. Das Land, aus dem uns der Brief erreicht hat, wird stets genannt.

Die Redaktion behält sich vor, sprachliche Korrekturen oder Kürzungen vorzunehmen.

ASSIMILATION DER DIONISCHEN KULTUR IM MEDIANISCHEN IMPERIUM



Mediana. Mit einer großen Völkerwanderung ließen sich am Anfang des Jahres viele Dionier, die zuvor auf dem Gebiet des Medianischen Imperiums gelebt hatten, in ihrer Heimat, der Republik Dionysos, nieder. Die Dionier haben auf dem Gebiet des Imperiums ihre Spuren hinterlassen: Tempel, Wohnanlagen, Brunnen. Nouvodionii – eine dionische Stadt – wird zurzeit in das Gebiet "Emena" eingegliedert. Ein neues Gesetz besagt, dass Schilder am Ortseingang den novarischen und emenischen Namen des Ortes tragen sollen. Neonathax (dionisch) würde demnach nur noch als Novanatax (emenisch) und Nuovonatasso (novarisch) ausgeschrieben werden. Nikos Padazitakis, 26. und 31. Kanzler von Dionysos, sprach vor zwei Wochen auf einer Protestkundgebung in der Republik: »[...] Unsere dionyschen Brüder und Schwestern in Nouvodionii brauchen unsere Hilfe. Eine brutale unterdrückerische Clique von ehrvergessenen Leuten von der unbedeutenden Insel Emenea streben nach der Macht, und unterdrücken unsere uralte Kultur. Diese Ungläubigen wollen tatsächlich die dionysche Sprache ausrotten und unseren heiligsten Stätten und Orten Namen in ihrer unbeholfenen und barbarischen Sprache geben.«

Impressum

VRIJHEID – INTERNATIONALE ZEITUNG FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT, SPORT UND KULTUR

www.vrijheid.fu
leser@vrijheid.fu

Kubilay Kleinfuchs, Chefredakteur
Loren Carranter, Stellv. Chefredakteurin
Richard Zipmerlich, Art Director
René Glockenberg, Redakteur
Magdalene Müller-Roh, Redakteurin
Kathrin Heineken, Redakteurin
Fred Belitz-Bitterich, Redakteur

Sitz der Redaktion
Am Gasometer 19, Grumpach (Ostfuchsen)
Telefon: (+260) 2600 355 826 14 od.
Klappmühlentaler Chaussee 918-925, Grumpach (Of.)
Telefon: (+260) 2600 549 217 32/33

Druck
foxMedia-Druckerei Kaufbach, Block B
Funkweg 21-25, Kaufbach (Westland-Kaufbach)
Telefon: (+260) 5800 266 76 52

Medieninhaber
Kleinfuchs-AG, Freistaat Fuchsen
Klappmühlentaler Chaussee 918-925, Grumpach (Of.)
Web: www.kleinfuchs-ag.fu/vrijheid

Anzeigen
mittelgroße Banner: FM 1500 oder USD 2250
viertelseitig: FM 2250 oder USD 3000
halbseitig: FM 3500 oder USD 4300
ganzseitig: FM 6000 oder USD 8000
Kleinfuchs-AG Vrijheid-Anzeigendienst
Klappmühlentaler Chaussee 918-925, Grumpach (Of.)
anzeigen@vrijheid.fu

© Freistaat Fuchsen 2014

DE VRIJHEID FEIERT JUBILÄUM – DIE GESCHICHTE UNSERER WELTZEITUNG

über einen Kriminalakt des mehrfach kriminellen fuchsischen Unternehmers Carl von Zuckertal und über die finanziellen Probleme der fuchsischen Supermarktkette »Ultimatum«. Die letzte Seite warb für den Fernsehsender der Kleinfuchs-AG, Kanal3. Aufgrund der damals geringen Reichweite der Vrijheid kostete eine Anzeige pro Ausgabe gerade einmal zehn Fuchsmark, heute sind es mindestens 1500 bis 6000 (siehe Impressum). Die sechste Ausgabe vom 27. August 2011 bestand aus drei Zeitungen: dem Hauptteil mit Nachrichten aus Fuchsen und einigen Meldungen aus dem Ausland, der »Vrijheid-Business« und der »Vrijheid-History«. Nach einem ersten Redesign im November 2011 trennte sich die Vrijheid am 29. Januar 2012 von ihrem grünen Logo und Header und nahm eine angenehme blaue Farbe an (siehe zweite Abbildung). Die fünfundzwanzigste Ausgabe veröffentlichten wir am 4. Mai 2012 mit der Schlagzeile »Hofkanzlerwahl: 47 Prozent für Sven Wehner!«. Im Juli 2012 wurden von der Chefredaktion die ersten Artikel in letzter Sekunde aus der Endausgabe gestrichen, weil sie kurz waren. In den letzten Monaten des Jahres 2012 begann die Vrijheid, sich auch international immer öfter zu verkaufen: Internationale Aufmerksamkeit erreichte sie am 22. Dezember 2012 als die Schlagzeile »Jerusalem löst den Weltkrieg aus!« hieß. Drei Viertel der Artikel dieser Ausgabe bezogen sich auf den damals zu Weihnachten begonnenen Krieg um Jerusalem, als zedarische Streitkräfte dort einmarschierten und Dreibürgern dem – später mit Andro – entgegenstand. Ab Anfang 2013 erschienen mehrmals Ausgaben, die keine einzige Meldung aus dem Freistaat Fuchsen, aber umso mehr Nachrichten aus dem Ausland – vor allem aus Antica und Astor – beinhalteten. Am 15. November 2013 fand ein erneuter, diesmal aber viel umfangreicher Redesign der Vrijheid statt: Ein dicker roter Header; über dem Header eine Übersicht der Kolumnen der jeweiligen Ausgabe. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte betitelte sich die Vrijheid in ihrem Header selbst als »Internationale Zeitung der Kleinfuchs-AG«. Das am 23. November 2013 abgedruckte Interview mit dem dreibürgischen Kaiser Friedrich Alexander I. (Überschrift: »Die Welt erlebt einen Kalten Krieg«) ist das bislang längste Interview, das die Vrijheid je geführt hat. Mit ihrer 46. Ausgabe am 9. Februar 2014 fand der letzte Redesign der Vrijheid statt: back to the roots – Grün wurde wieder zur wichtigsten Farbe des Designs, die einzelnen Überschriften wurden zum Teil in kunterbunter Farbe gedruckt. Heute schreiben wir den siebenten August 2014 – Sie halten die neunundvierzigste Ausgabe der Vrijheid in Ihren Händen. De Vrijheid ist längst zu einer internationalen Marke geworden. Keine andere globale Zeitung berichtet so ausführlich über geopolitische, aber auch lokale Themen und analysiert sie mit extra viel Fingerspitzengefühl. An dieser Stelle möchten wir unseren Lesern in aller Welt danken. Bitte versäumen Sie nicht, uns regelmäßig Ihre Meinung zu schreiben. Schließlich tun wir das alles für Sie!